



Antrag

der Abgeordneten **Christin Gmelch, Gerd Mannes, Harald Meußgeier** und **Fraktion (AfD)**

Verschärfter EU-Klimaschutz darf nicht zulasten der Bauern gehen: Schutz der bayerischen Landwirtschaft vor steigenden Düngemittelpreisen und übermäßigen Düngelaufgaben!

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, sich mit Nachdruck auf Bundes- und EU-Ebene dafür einzusetzen, dass

1. die Preise für Düngemittel nicht weiter erhöht werden, insbesondere im Kontext der geplanten Verschärfung der EU-Klimaschutzvorgaben ab 2026,
2. die Düngelaufgaben in Bayern und bundesweit aufgeweicht werden, um die Wettbewerbsfähigkeit der Landwirtschaft zu erhalten,
3. besondere Härtefallregelungen für rote und gelbe Gebiete unverzüglich in Gang gebracht werden, um drohende Betriebsaufgaben zu vermeiden und die Existenzgrundlage bayerischer Landwirte zu sichern.

Begründung:

Die bayerische Landwirtschaft steht vor existenziellen Herausforderungen, die durch bürokratische Überregulierung und ideologiegetriebene EU-Politik weiter angeheizt werden. Die EU plant derzeit eine Verschärfung ihrer Klimaschutzziele, die zu massiven Preisanstiegen bei Düngemitteln führen wird. Experten prognostizieren Steigerungen um bis zu 30 Prozent oder mehr ab 2026, verursacht durch höhere CO₂-Abgaben, strengere Emissionsgrenzwerte und Importbeschränkungen auf energieintensive Düngerprodukte. Dies trifft die bayerischen Landwirte besonders hart, da Bayern mit einer starken Agrarwirtschaft – einschließlich Ackerbau, Viehzucht und Spezialkulturen – auf bezahlbare und effiziente Düngemittel angewiesen ist.

Aktuelle Daten zu Düngemittelpreisen in Bayern unterstreichen die Dringlichkeit: Laut Marktübersichten liegen die Preise für Stickstoffdünger bereits bei über 400 Euro/t, Phosphordünger bei ca. 500 Euro/t und NPK-Dünger bei 450 bis 600 Euro/t, mit regionalen Schwankungen in Bayern. Diese Kosten belasten vor allem kleinere und mittelständische Betriebe, die ohnehin unter steigenden Energiekosten und Marktdruck leiden. Eine weitere Verteuerung würde zu einer Welle von Betriebsaufgaben führen, was nicht nur Arbeitsplätze vernichtet, sondern auch die Lebensmittelversorgung in Deutschland gefährdet.

Hinzu kommen die restriktiven Düngelaufgaben gemäß der Düngeverordnung (DüV), die in Bayern besonders in den sogenannten roten Gebieten (hohe Nitratbelastung des Grundwassers) und gelben Gebieten (Eutrophierung durch Phosphor) gelten. Wie das Staatsministerium für Ernährung, Landwirtschaft, Forsten und Tourismus kürzlich in Karten zur Neuausweisung ab 2026 veröffentlicht hat, werden diese Gebiete erweitert, was zu zusätzlichen Auflagen wie reduzierten Düngemengen, erweiterten Gewässerabständen und strengeren Nährstoffbilanzen führt.

Diese Auflagen sind oft praxisfern und ignorieren regionale Besonderheiten, wie z. B. die topografischen Bedingungen in Bayern. Sie führen zu Ertragseinbußen von bis zu 15 bis 20 Prozent und treiben viele Betriebe in die Insolvenz. Ohne die Aufweichung dieser Regeln – etwa durch flexible, regionsspezifische Lösungen und Reduzierung der Nitratgrenzwerte – wird die bayerische Landwirtschaft weiter geschwächt.

Ohne unterstützende politische Maßnahmen drohen Massenbetriebsaufgaben, was die ländlichen Regionen Bayerns wirtschaftlich und sozial weiter aushöhlt. Die Erreichung gesamtgesellschaftlicher Ziele darf nicht einseitig auf dem Rücken unserer Landwirte ausgetragen werden.